

Schatten des Zweiten Weltkriegs /Hermann Obrecht - vom "Kanonenkönig" zum Widerstandssymbol/Das Denkmal

Von Ramón Bill, Bern *

Das Beispiel Bundesrat Hermann Obrechts zeigt, wie sehr es von äussern Umständen abhängen kann, wenn es darum geht, das historische Bild eines Menschen schwarz oder weiss zu malen. Vor seiner Wahl in die Regierung war der nachmalige Bundesrat mitbeteiligt an der Umgehung des Aufrüstungsverbots für Österreich und Ungarn im Versailler Vertrag. Sein Bild in der Geschichte ist jedoch geprägt von dem im richtigen Zeitpunkt gesprochenen Satz, dass die Schweizer nicht zu Hitler wallfahrten gingen.

Mit geballter Faust steht er da, der überdimensionierte und in Stein gehauene Hermann Obrecht. Die Symbolik der Statue ist überdeutlich, stand- und wehrhaft war er, der Grenchner, der von 1935 bis kurz vor seinem Tod 1940 als Bundesrat amtierte. "Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehen", dieser Satz hatte sich 1939 bei vielen Schweizern und Schweizerinnen ins Gedächtnis eingebrannt. In Zeiten wankelmütiger Bundesräte mit ihrem teilweise zweifelhaften Demokratieverständnis und unklaren Haltungen gegenüber nationalsozialistischem und faschistischem Gedankengut löste diese Unabhängigkeitsbezeugung Obrechts ein nationales Aufatmen aus: Endlich bezog ein führender Politiker deutlich Position für eine unabhängige Schweiz. Obrecht hatte diesen Satz anlässlich eines Vortrags bei der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Basel unplanmässig eingestreut - er reagierte damit auf den tags zuvor erfolgten Besuch des tschechischen Ministerpräsidenten Emil Hácha bei Hitler und auf die frühere Audienz des österreichischen Ministerpräsidenten Kurt von Schuschnigg; beides Besuche, welche faktisch das Ende der beiden Staaten besiegelt hatten.

Hermann Obrecht wird von Historikern als geradliniger Bundesrat beschrieben. Als einer, der klar Position für eine unabhängige Schweiz bezog. Eine Einschätzung, die vor allem auf Obrechts Wirken als Volkswirtschaftsdirektor basiert. Der Aufbau der Kriegswirtschaft war weitgehend sein Werk, und die korporatistische Organisation der Wirtschaftspolitik trug dazu bei, dass die Schweiz punkto Versorgung und wirtschaftlicher Kapazität die Kriegszeit weitgehend schadlos überstand. Die Lohnausfallentschädigung für Wehrmänner war ein weiterer wichtiger Entscheid, den er eingefädelt hatte. Soviel zur öffentlichen Seite, zu den unbestrittenen Leistungen des Bundesrats Hermann Obrecht. Es gibt aber auch eine andere Seite, die des erfolgreichen Geschäftsmannes.

Kritik vor der Wahl in den Bundesrat

Sein rhetorisches Mahnmal zur Unabhängigkeit der Schweiz liess die Diskussion bei seiner Wahl 1935 in den Hintergrund treten. Obrecht war vor seiner Wahl in zahlreichen Unternehmen tätig gewesen. Unter anderem war er Verwaltungsratspräsident der Waffenfabrik Solothurn. Diese gehörte zum Rüstungskonzern Rheinmetall-Borsig, zu einer der grössten deutschen Waffenfabriken. Als der freisinnige Obrecht zum Bundesratskandidaten gekürt wurde, löste dieses Mandat massive Kritik aus. Nicht nur sozialdemokratische Kreise wehrten sich gegen die Wahl Obrechts in den Bundesrat, auch bürgerliche Kreise stemmten sich dagegen. Der "Kanonenkönig" Obrecht sei als Bundesrat untragbar, lautete der Tenor. Aber vorab die konservativen Kräfte unterstützten seine Kandidatur. Dank Ständerat Robert Schöpfer und Bundesrat Rudolf Minger wurde Obrecht schliesslich gewählt. Der Solothurner Schöpfer war zu dieser Zeit einer der einflussreichsten

freisinnigen Politiker, er war ein enger Freund von Obrecht und dessen politischer Ziehvater. Rudolf Minger, zentrale Figur in der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, und Hermann Obrecht waren seit ihrer militärischen Laufbahn befreundet. Was die Zeitgenossen während dieser Diskussion um Obrechts Mandat bei der Waffenfabrik Solothurn nicht wussten: Sein Engagement in der Kriegsmaterialbranche beschränkte sich nicht darauf.

Hermann Obrecht plante die Gründung der Waffenfabrik Solothurn zusammen mit Hans Eltze und Fritz Mandl. Eltze war Generaldirektor der deutschen Waffenfabrik Rheinmetall-Borsig AG und langjähriger Geschäftspartner von Fritz Mandl; Mandl war Direktor und Hauptaktionär der österreichischen Hirtenberger Patronenfabrik, einer der grössten europäischen Patronenfabriken. An der 1928 gegründeten Waffenfabrik hielten die Rheinmetall und die Hirtenberger je 50 Prozent der Aktien. Die Waffenfabrik war für beide Firmen die Möglichkeit, die Friedensbestimmungen von Versailles beziehungsweise St-Germain zu umgehen, welche die Kriegsmaterialproduktion in Deutschland und Österreich eng einschränkten. Die Waffenfabrik Solothurn begann auf der Grundlage von Rheinmetall-Konstruktionsplänen und Prototypen die Entwicklung automatischer Waffen weiterzuführen. Zu Beginn der dreissiger Jahre waren in Solothurn führende deutsche Waffeningenieure tätig, so wurde in Solothurn auch die Grundlage für das spätere MG"34 entwickelt - das Standardmaschinengewehr der Deutschen Wehrmacht. Unter Hermann Obrechts Amtszeit als Verwaltungsratspräsident wurden bis 1935 zwei grössere Aufträge für Österreich und Ungarn ausgeführt. Beide verletzen die Friedensbestimmungen von St-Germain massiv, denn einerseits war der Waffenexport in diese beiden Staaten grundsätzlich verboten, und andererseits war deren Bewaffnung an automatischen Waffen streng limitiert. Der Bundesrat wusste von dieser Verletzung der Friedensverträge und tolerierte sie.

Obrecht und Mandl

Die Gründung der Waffenfabrik war der Beginn einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Hermann Obrecht und Fritz Mandl. Für Fritz Mandl war die Waffenfabrik nur ein Expansionsobjekt. An weiteren Patronenfabriken in Holland, Deutschland, Österreich oder Argentinien erwarb Mandl im Verlauf der zwanziger Jahre die Aktienmehrheit. Für Italien war Mandl quasi Hoflieferant für sämtliches Schiesspulver dank seinem freundschaftlichen Kontakt zu Mussolini. Dieser basierte auf Mandls Tätigkeit bei der österreichischen Heimwehr. Die Heimwehr unter der Leitung von Fürst Ernst Rüdiger von Starhemberg, einem engen Freund Mandls, war eine austrofaschistische, bewaffnete Bewegung, welche aus den Bürgerwehren des Ersten Weltkriegs entstanden war. Sie bildete neben den bewaffneten sozialdemokratischen Kräften die stärkste Macht in Österreich und war den staatlichen Ordnungskräften an Zahl überlegen. Die Heimwehr wurde von Mussolini tatkräftig unterstützt, weil sie einen eigenständigen österreichischen Staat wollte und damit auch im Clinch mit den österreichischen Nationalsozialisten stand, welche eine Angliederung an Deutschland forderten. Finanziert wurden der Aufbau und die Bewaffnung der Heimwehr weitgehend vom faschistischen Italien - über die Hirtenberger Patronenfabrik. Fritz Mandl war der Financier der Heimwehr.

Interessant ist diese Tätigkeit Mandls und seiner Hirtenberger Patronenfabrik, weil Hermann Obrecht in den dreissiger Jahren bis zu seiner Wahl 1935 im Verwaltungsrat der Hirtenberger Patronenfabrik sass; während der Zeit also, als diese massgeblich mithalf, die Heimwehren auf- und auszubauen. Aber auch bei weiteren Expansionsprojekten von Mandl arbeitete Obrecht mit. Als die Hirtenberger Patronenfabrik die Mehrheit an der grössten polnischen Munitionsfabrik, Pocisk AG, übernahm, wurde Hermann Obrecht in den neuen Verwaltungsrat gewählt. - Ein krasser Gegensatz. Der Bundesrat Hermann Obrecht wehrte sich für eine unabhängige und wehrhafte Schweiz. Der Geschäftsmann Hermann Obrecht war eng mit der deutschen und der österreichischen Rüstungsindustrie verbunden.

*"Der Historiker und Journalist Ramón Bill ist Verfasser der Lizentiatsarbeit "Waffenfabrik Solothurn (1923-1961). Schweizer Entwicklungsstätte für deutsche Waffentechnologie", Universität Bern.

398990, NZZ , 27.07.99; Words: 1018, NO: 5L9QC